



# Alarmstufe ROT: bundesweiter Protest der Krankenhäuser

## Petition für Inflationsausgleich für die Krankenhäuser auf den Weg gebracht

Das Trillerpfeifenkonzert ist so ohrenbetäubend laut und schrill, als sollte es bis ins Bundesgesundheitsministerium an der Berliner Friedrichstraße zu hören sein. Lautstark machen sich die protestierenden Beschäftigten der Brandenburger Kliniken, die im Rahmen der bundesweiten Kampagne der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) „Alarmstufe ROT: Krankenhäuser in Gefahr“ am 6. September auf den Potsdamer Stadtplatz gekommen sind, ihrem Ärger Luft.

Potsdam war die erste Etappe einer Tour durch Deutschland: Mit einem Infomobil weisen Vertreter der DKG und aller Landeskrankenhausgesellschaften auf die Misere der Kliniken hin und werben für eine Petition: Am 5. September startete eine bundesweite Kampagne, mit der die DKG auf die massiven wirtschaftlichen Bedrohungen für die Krankenhauslandschaft aufmerksam machen möchte. Die Forderung der Krankenhäuser: einen umgehenden Inflationsausgleich für die Kliniken, um ungesteuerte Insolvenzen zu verhindern.

Zusammen mit den Landeskrankenhausgesellschaften war die DKG und die Landeskrankenhausgesellschaften an vielen Orten in den Bundesländern präsent und organisierten Aktionen. Proteste und Gesprächsangebote für Presse und Öffentlichkeit. Mit einer Online-Petition (<http://openpetition.de/!AlarmstufeRot>) wollen die Krankenhausverbände ihre Forderungen an die Politik bekräftigen. Bereits mehr als 50 000 haben die Petition unterzeichnet (Stand 22. September). Das Quorum liegt bei 50 000 Unterstützern.

Alarmstufe ROT ist mehr als nur ein Parole für die Kliniken: Nach den Belastungen der Pandemie trifft die Krankenhäuser nun die Inflation und insbesondere die extrem gestiegenen Energiepreise. Die Kostensteigerungen treffen auf staatlich reglementierte Preise. Vorgesehen ist für 2022 nur eine Steigerung der Einnahmen für die Kliniken von 2,32 %. Allein die Inflation liegt schon bei knapp 8 % und wird auf 10 % steigen.

Hinzu kommen seit Jahren bekannte Probleme wie der chronische Personalmangel und die ausbleibende Investitionskostenfinanzierung der Länder. Bereits in diesem Jahr schreiben 60 % der Krankenhäuser rote Zahlen. Die Lage wird sich im kommenden Jahr weiter zuspitzen. Nach einer aktuellen Blitzumfrage sehen knapp 40 % der Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Situation so gefährdet, dass Insolvenzen drohen. Eine wirtschaftlich solide Finanzplanung ist derzeit unmöglich, und an vielen Orten droht deshalb die Schließung von Krankenhäusern – mit negativen Folgen für die Versorgungssicherheit. Für viele Landkreise könnte das bedeuten, dass sie den Sicher-

stellungsauftrag übernehmen müssen, um für insolvente Kliniken einzustehen.

„Ohne einen Inflationsausgleich zur Stabilisierung der Krankenhäuser droht ein massiver Personalabbau mit negativen Folgen für die Patientenversorgung. Wir brauchen jetzt kurzfristige finanzielle Hilfe, und langfristig vernünftige Struktur- und Finanzierungsreformen. Wenn der Gesundheitsminister jetzt nicht hilft, wird sich der kalte Strukturwandel mit seinen Krankenhaus-Schließungen dramatisch weiter verschärfen. Dann gefährdet er die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung“, sagt der Vorstandsvorsitzende der DKG, **Dr. Gerald Gaß**.

In Potsdam ist der DKG-Tourenbus für die #rettungsfahrt für Deutschlands Kliniken umringt von mehr als 400 märkischen Klinikmitarbeitern. Sie hielten Protestplakate in die Luft und Trillerpfeifen in den Händen – nur einen Steinwurf vom Potsdamer Landtag entfernt. Doch der Groll richtet sich nicht in erster Linie gegen die Landespolitiker, sondern gegen die Politik der Bundesregierung. Die Kliniken, die Pflegekräfte, die Ärzte, die Verwaltungsmitarbeiter, sie alle waren zu Beginn der Coronapandemie von der Bundespolitik als unersetzbar und systemrelevant tituliert und beklatscht und mit Coronahilfen notdürftig unterstützt worden. Doch ausgerechnet jetzt, wo die Finanzlage der Kliniken noch viel dramatischer geworden ist, da werden die Systemrelevanten kurzerhand im Stich gelassen vom BMG und BMF: Keine Coronahilfen mehr, kein Inflationsausgleich, kein Energiezuschuss, kein Rettungspaket, keine Strukturentscheidungen, keine Teilhabe. Stattdessen Gängelei, Regulierungswut, Sanktionen. Was Corona nicht geschafft hat, das schaffen jetzt Inflation und Energiepreisexlosion.

Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) können 96 % der Krankenhäuser die gestiegenen Kosten nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bezahlen (siehe Seite 934). Allein die Energiekostensteigerungen bringen Kliniken an den Rand der Zahlungsfähigkeit. „Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird nach aktuellen Berechnungen 2023 über 6 Mio. € mehr für Gas und Strom bezahlen als im Jahr 2021. Mehrausgaben in Millionenhöhe, die nicht gedeckt sind. Allein das macht auf alle Kliniken hochgerechnet einen Fehlbetrag von rund 4 Mrd. €. Insgesamt gehen wir für das Jahr 2023 von einer Unterdeckung von 10 Mrd. € aus. Der Bund hat in den vergangenen Krisen sehr eindrücklich unter Beweis gestellt, dass kurzfristige Finanzhilfen für Unternehmen auch in solcher Größenordnung möglich sind. Nun ist es an der Zeit, dies auch für die Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu leisten“, so Gaß. ▶



„Die Zeichen stehen auf Sturm, alle leiden, sehen sich in ihrer Existenz bedroht“, so Dr. Detlef Troppens, Vorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg (LKB).

### Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher verspricht 50 Mio. € zusätzlich für die Kliniken

Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) versprach zum Auftakt der bundesweiten Protestveranstaltung in Potsdam den protestierenden Klinikbeschäftigten „mindestens nochmal 50 Mio. €“ als Ausgleich für die Coronabelastungen. Auch die Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und CDU im Potsdamer Landtag unterstützen die zusätzlichen Corona-Hilfen. „Ich bin sehr gerne auf diesen Wagen aufgesprungen zur Rettungsfahrt der Krankenhäuser“, versichert Nonnemacher. Das Land Brandenburg verstehe sich als Partner der Kliniken und wolle helfen, wo es geht. An die Berliner Regierung appelliert sie: „Der Bund darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen.“

„Die Zeichen stehen auf Sturm, alle leiden, sehen sich in ihrer Existenz bedroht“, skizziert **Dr. Detlef Troppens**, Vorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg, (LKB). Angesichts der Auswirkungen von Inflation und steigenden Energiekosten befürchtet Troppens, dass es auch zu Insolvenzen kommen könne. Den Kliniken stehe „das Wasser bis zum Hals“ und bald auch darüber. Die Energiekosten seien so drastisch gestiegen, die Mehrkosten entsprächen allein bei den Brandenburger Kliniken perspektivisch etwa dem Gehalt von 1 000 Pflegekräften. Verbandschef Troppens wirft Bundesgesundheitsminister Lauterbach Untätigkeit vor.

### KGNW-Präsident Ingo Morell: Kliniken türmen toxische Defizite auf

Der BKG-Geschäftsführer **Roland Engelhausen** richtete in München, als das Infomobil in Bayern Station machte, eine klare Forderung an die Politik in Berlin: „Wir brauchen dringend für die nächsten 15 Monate einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags von 4 %. Sollte eine Lösung ausbleiben, fährt die stationäre Versorgung kurzfristig an die Wand. Der Schaden wäre mit Blick auf die Versorgungssicherheit und auf den Fachkräftemangel unkalkulierbar. Es droht eine enorme gesellschaftliche Vertrauenskrise, weil dies das Ergebnis der politischen Vorgaben wäre.“

Fast alle NRW-Kliniken seien finanziell geschwächt ins zweite Halbjahr 2022 gestartet, so **Ingo Morell** am 9. September in Düsseldorf. „Und das ist eine toxische Ausgangslage für die nationale und internationale Energiekrise, die uns seit dem russischen Überfall auf die Ukraine bedrängt“, betonte der KGNW-Präsident. „Die Preissprünge bei Erdgas und ebenso beim Strom



Viele hundert Teilnehmer protestierten am 6. September angesichts der Tatenlosigkeit der Politik – offenbar mit einigem Erfolg: Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) versprach Klinikbeschäftigten „mindestens nochmal 50 Mio. €“ als Ausgleich für die Coronabelastungen. Auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kündigte zwei Tage später ein Hilfspaket für die Kliniken wegen stark gestiegener Betriebskosten an.



BKG-Geschäftsführer Roland Engelhausen warnt vor den Folgen einer ausbleibenden Lösung: „Der Schaden wäre mit Blick auf die Versorgungssicherheit und auf den Fachkräftemangel unkalkulierbar. Es droht eine enorme gesellschaftliche Vertrauenskrise.“ Foto: BKG

kann kein Krankenhaus aus eigener Kraft tragen. Anders als andere Wirtschaftsunternehmen können wir diese Kosten an niemanden weitergeben. Wir türmen bedrohliche Defizite auf, weil wir Geld ausgeben müssen, das wir nicht wieder einnehmen können.“

### Lauterbach kündigt Hilfspaket für Kliniken an

Am 8. September, drei Tage nach dem Kampagnenstart, kündigte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ein Hilfspaket für die Kliniken wegen stark gestiegener Betriebskosten an. „In dieser Energie- und Inflationskrise lassen wir unsere Krankenhäuser nicht im Stich und werden sie über den Herbst und über den Winter bringen“, sagte Lauterbach in der Haushaltsdebatte im Bundestag. Dafür sollten in den nächsten Wochen konkrete Vorschläge vorgelegt und mit den Ländern beschlossen werden. Es gehe um kurzfristige Lösungen, damit Kliniken jetzt nicht in unüberbrückbare Schwierigkeiten durch Liquiditätsprobleme kommen.

### Inflationsausgleich per Rechnungsaufschlag auf Krankenhausrechnungen

Die Umsetzung eines Inflationsausgleichs ist nach Auffassung der DKG einfach und unbürokratisch möglich. „Wir fordern einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags auf die Krankenhausrechnungen. Dies wäre eine schnelle, unbürokratische Hilfe. Die Kosten dürfen aber nicht bei den Krankenkassen landen, sondern müssen vom Bund in Form eines höheren Zuschusses für die Kassen übernommen werden. Die Krankenhäuser sind in Not wie viele andere energieintensive Unternehmen auch. Aber die stützt der Bund mit Hilfen in Milliardenhöhe. Dass im Sommer auch alle Corona-Hilfen für die Kliniken ausgelaufen sind, erschwert die Lage zusätzlich. Das werden wir insbesondere im Herbst und Winter spüren, wenn wieder mehr Corona-Patienten in den Kliniken behandelt werden müssen. Hier braut sich der perfekte Sturm zusammen“, so Gaß.

Langfristig müssen die Länder endlich ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach ausreichender Finanzierung der Klinik-Investitionskosten nachkommen. Seit Jahrzehnten tragen sie nur einen Bruchteil der Kosten.

Die wirtschaftliche Situation trifft eben auch noch auf eine extrem angespannte Personalsituation in den Kliniken. Aktuelle Zahlen zeigen, dass Personalausfälle die Versorgungssituation gefährden. Aktuell können 87 % der Krankenhäuser nicht ausschließen, Stationen zeitweilig schließen zu müssen. Und fast 80 % gehen davon aus, dass sie im Herbst wegen Personalmangels planbare Operationen und Eingriffe verschieben oder absagen müssen. Und in dieser Situation verschärfen hohe Personalvorgaben die Personalnot, und das verbliebene Personal wird mit extremer Bürokratie überlastet. „Wir brauchen einen Befreiungsschlag. Zum einen müssen wir endlich entbürokratisieren und die Misstrauenskultur beenden. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern müssen von Bürokratie befreit werden, statt sie mit immer mehr Anforderungen zu konfrontieren. Dass Pflegekräfte und Ärzte drei Stunden täglich mit oft unnötigen Dokumentationsarbeiten verbringen müssen, ist inakzeptabel. Zum anderen brauchen wir einen großen Digitalisierungsschub, um unser Personal zu entlasten. Wir müssen aber auch weg von immer kleinteiligeren Personalvorgaben. Die Teams in den Krankenhäusern, die täglich die Versorgung der Patientinnen und Patienten stemmen, benötigen Vertrauen und Handlungsspielraum, um die Kolleginnen und Kollegen optimal und für die Versorgung und die Patienten nutzbringend einsetzen zu können. Absolut absurd wird die Situation dadurch, dass das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz auch noch den Pflegemangel verschärfen wird. Der Minister muss diese Pläne schnellstmöglich ad acta legen. Und wir brauchen für die Mitarbeitenden eine klare Perspektive für eine bessere Personalausstattung. Ich betone, auch wir Krankenhäuser sind hier gefordert, aber wir benötigen zuvorderst die politischen Rahmenbedingungen“, so **Prof. Dr. Henriette Neumeyer**, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DKG.

„Das Fass der Zumutungen ist voll. Krankenhäuser droht die Schließung aus wirtschaftlichen Gründen, der Personalmangel gefährdet die Versorgung, die Kliniken erwarten horrende Rechnungen für Gas und Strom, und das alles in Erwartung einer Herbst- und Winterwelle. Die Politik reagiert mit noch mehr Bürokratie, hält stur an der sinnlosen Impfpflicht fest, hat keine Konzepte gegen den Fachkräftemangel und schaut zu, wie Krankenhäuser ins Straucheln geraten. Im schlimmsten Fall werden Kliniken keine andere Wahl haben, als Personal abzubauen, um einer drohenden Schließung zuvorzukommen. Die Leidtragenden dieser Politik sind die Patientinnen und Patienten“, erklärt Gaß.

Mit einer Online-Petition (<http://openpetition.de/!AlarmstufeRot>) will die DKG ihre Forderungen an die Politik bekräftigen. Bereits mehr als 50 000 haben die Petition unterstützt (Stand 22. September). Das Quorum liegt bei 50 000 Unterstützern. *tak/krü* ■



# Stimmen und Aktionen

## Einwag: „Es reicht!“ Sofortiger Kurswechsel im Bund gefordert

„Die Folgen der Corona-Pandemie belasten die Krankenhäuser weiterhin und in dieser Situation trifft sie die aktuelle Kostenexplosion mit voller Wucht. Denn während Energieversorger, MedizinproduktHersteller, Lebensmittellieferanten und Dienstleister durchgängig ihre Preise erhöhen, bleiben die Kliniken bisher auf den immensen Zusatzkosten sitzen. Wir reden hier von 640 Mio. € im Land, wie eine Umfrage der BWKG ergeben hat. Das bezahlt niemand aus der Portokasse“, so **Matthias Einwag**, Hauptgeschäftsführer der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) bei der Kampagnen-Aktion „Alarmstufe Rot: Krankenhäuser in Gefahr“ am 16. September in Stuttgart.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben konnten die Krankenhausvergütungen in 2022 nur um + 2,3 % steigen und unterjährige Preiserhöhungen seien nicht möglich. Auch ein Nachholen im kommenden Jahr sei gesetzlich nicht vorgesehen. Die Krankenhäuser haben keine Reserven mehr und 61 % von ihnen rechnen nach den Zahlen des BWKG-Indikators für 2022 mit roten Zahlen.

„Es reicht! Die Krankenhäuser benötigen jetzt sofort einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags von 4 % und das Wiederanlaufen der Corona-Hilfen“, forderte Einwag. Die Bundespolitik müsse einen grundlegenden Kurswechsel vollziehen. Anstatt die Krankenhäuser in die Unterfinanzierung zu treiben und mit überzogenen Coronaaufgaben, Impfpflichten und Datenmeldungen zu belasten, müsse es endlich eine unterstützende Krankenhauspolitik vom Bund geben. Denn nur so könnten diese ihren Versorgungsauftrag erfüllen, attraktiver Arbeitgeber bleiben und finanziell über die Runden kommen. Aktuell stehen die Krankenhäuser durch die Kostenexplosion aber vor einer unlösbaren Aufgabe.

Mit der bundesweiten Aktion „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Gefahr“ wurde die schwierige wirtschaftliche Lage der einzelnen Krankenhäuser deutlich gemacht und schnelle Lösungsvorschläge von der Politik gefordert. An der Aktion beteiligen sich auch viele baden-württembergische Krankenhäuser.

## Alarmstufe Rot: Thüringer Krankenhäuser in Gefahr

Rund 350 Beschäftigte von Thüringer Krankenhäusern haben am 14. September vor dem Thüringer Landtag in Erfurt angesichts rasant steigender Kosten, insbesondere bei Gas und Strom, einen Inflationsausgleich und weitere Finanzhilfen für die Thüringer Krankenhäuser gefordert. Insbesondere die Preise für Strom und Gas haben sich vervielfacht. Die Finanzlücke verbleibe bei den Krankenhäusern. Der Unmut der Bündnispartner richtet sich gegen die Untätigkeit der Bundesregierung angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Not vieler Krankenhäuser in Folge der Kostenexplosion bei den Energiepreisen



Ein breites Bündnis aus Thüringer Landespolitik, dem Thüringer Gesundheitsministerium, der Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e. V. (LKHG) sowie rund 350 Beschäftigten von Thüringer Krankenhäusern demonstrierte vor dem Landtag in Erfurt. Foto: LKHG

und der weiterhin ungebremsten Inflation. „Die Bundesregierung hat kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem“, beschreibt **Dr. Gundula Werner**, Vorstandsvorsitzende der Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V., die aktuelle Situation in den Kliniken. Obwohl die Gesundheitsminister der Länder im Juni 2022 bereits einstimmig für einen Inflationsausgleich votiert und Minister Lauterbach zum unverzüglichen Handeln aufgefordert haben, ist die Bundesregierung – kurz vor Beginn des nächsten Corona-Herbstes – weiterhin untätig. Die Krankenhäuser brauchen schnellstmöglich wirtschaftliche Planungssicherheit, andernfalls geraten die Kliniken flächendeckend in eine gravierende wirtschaftliche Schieflage, mahnte Dr. Gundula Werner an. Allein für das Jahr 2022 ergibt sich nach Ermittlung der LKHG eine Finanzierungslücke in Höhe von rund 71 Mio. € für die Thüringer Krankenhäuser. 2023 kommen dann zusätzliche Energiekosten in Höhe von rund 280 Mio. € hinzu, die nicht finanziert sind. „Es ist jetzt höchste Eile geboten, um drohende Liquiditätsengpässe und die Zahlungsunfähigkeit von Kliniken abzuwenden“, erklärte **Rainer Poniewaß**, Geschäftsführer der LKHG.



Es ist jetzt höchste Eile geboten, um drohende Liquiditätsengpässe und die Zahlungsunfähigkeit von Kliniken abzuwenden“, erklärte Rainer Poniewaß, Geschäftsführer der LKHG

## Niedersachsen: Ohne sofortige Hilfe ist die Versorgung in Gefahr

Mehrere hundert Mitarbeitende aus niedersächsischen Krankenhäusern haben am 21. September in Hannover ihren Unmut über die mangelnde Berücksichtigung ihrer Sorgen und Nöte durch den Bundesgesundheitsminister zum Ausdruck gebracht. In einer gemeinsamen Erklärung forderte ein breites Bündnis von 19 Verbänden und Organisationen unter Federführung der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) kurzfristige Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung, um die Krankenhäuser finanziell abzusichern und eine Gefährdung der Patientenversorgung abzuwenden.

Die Mitglieder der Allianz appellierten an **Karl Lauterbach**, schnellstmöglich einen Inflationsausgleich für die Krankenhäuser einzuführen und forderten einen Bürokratie-Lockdown zur kurzfristigen Entlastung des Personals. Mit Blick auf die anhaltend negativen Auswirkungen der Pandemie und ein drohendes Wiederaufflammen im Herbst und Winter forderten sie zudem einen erneuten Corona-Rettungsschirm. Als demonstrative Botschaft in Richtung Berlin unterzeichneten die Teilnehmer der Kundgebung überdimensionale Postkarten mit den Forderungen der Allianz – adressiert an den Bundesgesundheitsminister persönlich.

„Der enge Schulterschluss von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern heute macht einmal mehr deutlich: Mit Blick auf die notwendigen Hilfsmaßnahmen für die Krankenhäuser und ihre Mitarbeitenden gibt es kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Der Bundesgesundheitsminister muss jetzt endlich seiner Verantwortung gerecht werden und handeln“, unterstrich NKG-Verbandsdirektor **Helge Engelke**.

Die Krankenhäuser in Niedersachsen befinden sich infolge von Energiekrise und Pandemie unverschuldet in einer wirtschaftlich äußerst problematischen Lage, die in ihrem Ausmaß in den vergangenen Jahrzehnten beispiellos ist. Im Gegensatz zu anderen Branchen können und dürfen Krankenhäuser die massiven Kostensteigerungen für Energie, medizinische Produkte, Medikamente sowie Lebensmittel und viele weitere Dienstleistungen nicht über höhere Preise ausgleichen. Das sieht das starre Finanzierungssystem nicht vor. In der Folge stehen viele Krankenhäuser wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand. Die



Der NKG-Vorsitzende Dr. Hans-Heinrich Aldag forderte während der Kundgebung in Hannover schnellstmögliche Hilfe von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Foto: NKG

Sorge vor drohenden Insolvenzen steigt täglich. Insbesondere, weil nach Erhebungen der NKG bereits vor der aktuellen Energiekrise mehr als drei Viertel der niedersächsischen Krankenhäuser mittel- bis langfristig in ihrer Existenz bedroht waren.

Trotz der sich weiter zuspitzenden und klar erkennbar dramatischen Situation habe die Bundesregierung bislang keine geeigneten Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet. Ein entschiedenes Handeln ist nach Einschätzung der Allianz aber umgehend erforderlich, um negative Auswirkungen für die Patientenversorgung in Niedersachsen in bisher unbekannter Größenordnung zu vermeiden. „Die dauerbelasteten und hoch engagierten Mitarbeitenden in den Krankenhäusern haben kein Verständnis mehr dafür, dass ihre Situation nicht ernst genommen und verbessert wird“, betonte Engelke.

## HKG: Drohende Insolvenzen

Geschäftsführender Direktor der HKG **Prof. Dr. Steffen Gramminger**. „Es drohen Insolvenzen. Genau dann, wenn die Patientenzahlen im Herbst wieder ansteigen, müssen die Krankenhäuser über einen Abbau von Versorgungsangeboten nachdenken. Sollte es seitens der Bundespolitik keine finanzielle Abfederung geben, werden wir in dieser Situation tatsächlich Personal- und Sachkosten reduzieren müssen“.

Laut den Angaben des Krankenhaus-Rating-Reports 2022 würden 75 % der Krankenhäuser im kommenden Jahr 2023 Verluste verzeichnen. Für Hessen bedeute das: es werden fast 100 von rund 130 Krankenhäusern betroffen sein. Laut einer Blitzumfrage des DKJ werden 39 % der Krankenhäuser in eine kritische Liquiditätssituation geraten. Das bedeutet für Hessen: 50 von rund 130 Krankenhäusern.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 20. September 2022 wiesen **Dr. Christian Höftberger** und **Dieter Bartsch**, Präsident und Vizepräsident der HKG, zusammen mit Krankenhausmitarbeitern die Öffentlichkeit über die dramatische Situation der finanziellen Lage der Kliniken in Hessen. Die Kommunalpolitik, vertreten durch den Landrat des Main-Kinzig-Kreises, **Thorsten Stolz**, sowie das Hessische Ministerium für Soziales und Integration mit **Stefan Sydow** unterstützten ebenfalls diese Aktion. „Mitgliedshäuser schildern uns, dass man für das Jahr 2023 mit einer Versechsfachung der Gaspreise und einem 2,5- bis vierfachen Strompreis im Vergleich zum Jahr 2021 rechnen muss“, erläutert Dr. Höftberger. Seine Forderung an die Politiker in Berlin: „Wir brauchen sofort einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlages von 4 % und perspektivisch einen Ausgleich der tatsächlichen Mehrkosten. Sollte sich Berlin hierzu nicht durchringen können, wird die stationäre Versorgung in der gesamten Bundesrepublik gegen die Wand laufen. Der dadurch entstehende Schaden wäre im Hinblick auf die Sicherstellung der Versorgungssicherheit und den Fachkräftemangel nicht kalkulierbar. Es geht hier nicht nur um Geld, sondern um eine gesellschaftliche Vertrauenskrise, wie sie Deutschland in der Nachkriegszeit noch nie erlebt hat.“

Die zunehmende Gefahr von unstrukturierten Klinikschließungen und der weiter zunehmende Druck auf die Kranken-

hausmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist bereits seit Monaten die große Sorge der Krankenhäuser. „Es ist für uns völlig unverständlich, aus welchen Gründen die Politik in Berlin nicht handelt. Trotz nachvollziehbarer Berechnungen und klarer Argumente schaut man nur zu“, so Gramminger.

## Ohne Inflationsausgleich droht in der Gesundheitsversorgung in NRW ein Kollaps

„Die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser gehen personell und finanziell vollkommen ausgepowert in den Corona-Herbst“, sagte der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, **Ingo Morell**, am 9. September in Düsseldorf. „Die Sommer-Welle hat den seit Pandemiebeginn erzwungenen Ausnahmebetrieb in den Kliniken zementiert. Empfindliche Personalausfälle mitten in der Urlaubszeit haben dazu geführt, dass immer wieder Stationen geschlossen werden mussten. Solche Versorgungsengpässe könnten zum Dauerzustand werden, wenn die Krankenhäuser auf den jetzt in allen Bereichen explodierenden Kosten sitzen bleiben und dann Personal abbauen müssen.“

Fast alle NRW-Kliniken seien finanziell geschwächt ins zweite Halbjahr gestartet. „Und das ist eine toxische Ausgangslage für die nationale und internationale Energiekrise, die uns seit dem russischen Überfall auf die Ukraine bedrängt“, betonte der KGNW-Präsident. „Die Preissprünge bei Erdgas und ebenso beim Strom kann kein Krankenhaus aus eigener Kraft tragen. Anders als andere Wirtschaftsunternehmen können wir diese Kosten an niemanden weitergeben. Wir türmen bedrohliche Defizite auf, weil wir Geld ausgeben müssen, das wir nicht wieder einnehmen können.“ Schon jetzt schreiben sechs von zehn Krankenhäusern rote Zahlen, hat das RWI Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt, für 2023 erwartet es diese Situation für 80 %.

In dieser Lage seien die enormen Kostensteigerungen für die NRW-Kliniken nicht zu verkraften. Allein schon in diesem Jahr mussten viele Krankenhäuser trotz bestehender Verträge bis zu vierfach höhere Preise für Erdgas und das Doppelte für Strom bezahlen. In den Verhandlungen für das kommende Jahr würden aktuell bis zu acht- bis zehnmals höhere Tarife aufgerufen, beim Strom liegt die Steigerung beim Sechsfachen. Auch die Preise für Lebensmittel, medizinische Güter und ebenso Dienstleistungen wie etwa Wäschereien sind um einen oft zweistelligen Prozentsatz gestiegen. Auch wenn es eine große Bandbreite in der Betroffenheit gebe, müssten alle Krankenhäuser für 2022 und 2023 mit einschneidenden Verlusten rechnen.

## Kliniken in Sachsen-Anhalt warnen vor Versorgungsengpässen und fordern die Politik zum Handeln auf

Die Lage ist auch in Sachsen-Anhalt sehr angespannt. „Wir benötigen jetzt so schnell wie möglich einen Inflationsausgleich und das Wiederanlaufen der Corona-Hilfen. Die Krankenhäuser dürfen mit den gestiegenen Kosten nicht mehr allein gelassen werden. Die meisten Häuser sind gezwungen, mehr auszuge-



V.l.n.r.: Prof. Dr. Wolfgang Schütte, Vorstandsvorsitzender der KGSAN, Lutz Heimann, Vorstand der KGSAN und KGSAN-Geschäftsführer Dr. Gösta Heelemann. Foto: KGSAN

ben als sie einnehmen. Das Letzte, was wir jetzt vor Corona-Herbst und -Winter benötigen, sind weitere wirtschaftlich bedingte Abteilungs- und Krankenhausschließungen. Wenn Karl Lauterbach als verantwortlicher Bundesminister nicht handelt, übernimmt er durch seine Untätigkeit die Verantwortung für Krankenhausschließungen, Wartelisten und überfüllte Notaufnahmen auch in unserem Bundesland“, sagt **Prof. Dr. med. Wolfgang Schütte**, Vorsitzender der Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt. „Wir erwarten, dass auch Frau Ministerin Grimm-Benne im Interesse der Patientinnen und Patienten hier bei uns in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Bundesminister diese Verantwortung zum Handeln einfordert.“

KGSAN-Geschäftsführer **Dr. Gösta Heelemann** sprach mit Blick auf die aktuelle und für Herbst prognostizierte Corona-Lage von düsteren Aussichten. „Der Bundesminister talkt in allen Medien über die verheerenden Auswirkungen von Corona und lässt gleichzeitig die Krankenhäuser im Regen stehen. Auch hier wird er seiner Verantwortung für eine stabile Gesundheitsversorgung nicht gerecht.“

## Fehlbetrag von rund 100 Mio. €

Die Preissteigerungen bei Gas und Energie, mit denen die sachsen-anhaltischen Krankenhäuser bereits heute konfrontiert sind, liegen zwischen 30 und 200 %. Das hat jüngst eine Umfrage der Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt ergeben. Ein Krankenhaus in Sachsen-Anhalt mit etwa 500 Betten wird nach aktuellen Berechnungen im Jahr 2023 über drei Mio. € mehr für Gas und Strom bezahlen als im Jahr 2022. Allein das macht hochgerechnet auf alle Kliniken in Sachsen-Anhalt einen Fehlbetrag von rund 100 Mio. € – Mehrausgaben in Millionenhöhe, die nicht gedeckt sind. Die Umfrageergebnisse decken sich mit denen der bundesweiten Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstitutes vom August 2022.

Für das Carl-von-Basedow-Klinikum Saalekreis, eines der größten Arbeitgeber im südlichen Sachsen-Anhalt, stellt sich die aktuelle Preissituation wie folgt dar: „Die zusätzliche Kostenbelastung durch die bereits eingetretenen und die für die kommenden Wochen und Monate zu erwartenden Preissteigerungen beträgt allein für das Jahr 2022 rund 600 000 €“, erklärt

Anzeige



Klinikgeschäftsführer Lutz Heimann. „Das entspricht einem Anstieg im Bereich der Sachkosten von rund zehn %. Demgegenüber stieg der Landesbasisfallwert, der die Höhe unserer Erlöse maßgeblich mitbestimmt, nur um 2,31 %. Die Zahlen verdeutlichen, wie dringend wir auf ein gesetzliches Sofortmaßnahmenpaket, in dessen Zentrum ein Inflationsausgleich für alle Krankenhäuser stehen muss, angewiesen sind“, so Heimann.

### Lage der sächsischen Krankenhäuser spitzt sich extrem zu

Die Krankenhausgesellschaft Sachsen schlägt Alarm und macht auf die bedrohliche Lage der sächsischen Krankenhäuser im Zuge von Pandemie, Klimakrise und Ukrainekrieg am 14. September in Dresden aufmerksam.

Am Vortag des sächsischen Krankenhaustages, zu dem am 15. September 2022 350 Teilnehmer nach Dresden kamen, erklärte **Dr. Sven U. Langner**, Vorsitzender des Vorstandes der KGS: „Die Situation der Krankenhäuser in Sachsen ist derzeit so angespannt und belastet wie nie zuvor und entwickelt sich weiterhin in bedrohlichem Maße.“

Innerhalb kurzer Zeit hätten sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Entwicklungen, der Auswirkungen von Klima- und Energiekrise und des Ukrainekrieges inflationäre Kosten- und Preisentwicklungen ergeben, die sämtliche Bereiche der Krankenhausversorgung betreffen. Daher rechnete die KGS mit erheblichen Fehlbeträgen, die nicht annähernd durch die für 2022 vereinbarten und für 2023 erwarteten Budgets gedeckt sind. Dies betreffe insbesondere die aktuellen Preisentwicklungen für Dienstleistungen und Material für den medizinischen Bedarf bis hin zu Lebensmitteln. Mittlerweile steigt damit der Anteil der Sachkosten am Gesamtbudget von 35 % im Jahr 2000 auf nahezu 50 %.

„Allein für die Aufrechterhaltung unseres Medizinbetriebs, für die Diagnostik und Therapie benötigen wir jährlich den Energie- und Ressourcenbedarf einer Kleinstadt“, sagte **Prof. Dr. D. Michael Albrecht**, Medizinischer Vorstand des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus an der Technischen Universität Dresden. „Wir rechnen mit einer Kostensteigerung von allein 12 Mio. € für dieses Jahr.“

Die Geschäftsführerin der Klinikum St. Georg gGmbH in Leipzig und stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der KGS, **Dr. Iris Minde** berichtete: „Zur Aufrechterhaltung der vollen Funktionsfähigkeit unseres Klinikums im Rahmen der Medizinversorgung mit Strom und Gas sind wir mit einer Steigerung der Kosten von 466 % allein für diesen Bereich konfrontiert. Noch nicht berücksichtigt sind dabei zum Teil exorbitante Preisentwicklungen für Medizinprodukte (u. a. Arzneimittel), Lebensmittel und Dienstleistungen.“

„Die gegenwärtige Preisentwicklung im Baugewerbe und Dienstleistungsbereich stellt unsere Wirtschaftspläne zunehmend auf den Kopf und führt zu ungewollten Verzögerungen und Priorisierungen. Deshalb erwarten wir neben einem angemessenen Ausgleich der Betriebskosten auch eine höhere Investitionsquote in die sächsischen Krankenhäuser, insbesondere für deren energetische Ertüchtigung“, so **Dr. Roland Bantle**, Regionalgeschäftsführer der Sana Kliniken AG.

tititionsquote in die sächsischen Krankenhäuser, insbesondere für deren energetische Ertüchtigung“, so **Dr. Roland Bantle**, Regionalgeschäftsführer der Sana Kliniken AG.

### Kostenexplosion stellt Kliniken vor unlösbare Aufgabe

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz leiden unter extremen Preissteigerungen, teilte die KGRP bei einer Pressekonferenz mit. Die KGRP fordert einen sofortigen Inflationsausgleich.

„Zusätzlich zu den immer noch anhaltenden Belastungen der Corona-Pandemie führen Inflation und extrem gestiegene Energiekosten zu zunehmend existenziellen Sorgen der Krankenhäuser. Während Unternehmen in der freien Wirtschaft Kostensteigerungen weitergeben können, bleiben die Kliniken infolge eines starren Finanzierungssystems auf immensen Kosten sitzen“, so KGRP-Vorstandsvorsitzender **Dr. Hartmut Münzel** anlässlich der Pressekonferenz in Mainz.

Es klaffe landesweit allein im Sachkostenbereich eine Finanzierungslücke von 87 Mio. € in Rheinland-Pfalz. Angesichts der Kostenexplosion würden die im Herbst anstehenden Wirtschaftsplanungen der Krankenhäuser für 2023 ohne die notwendige Gegenfinanzierung den Abbau von Versorgungsangeboten beinhalten müssen, um Personal- und Sachkosten reduzieren zu können. Auch für 2023 schreibe der Gesetzgeber eine strikte Deckelung der Erlössteigerungen der Krankenhäuser vor, die derzeit keinen Ausgleich für nachgewiesene Kostensteigerungen vorsehe.

Bereits vor der aktuellen Kostenexplosion ergab eine Umfrage der KGRP, dass bereits für das Jahr 2022 nur noch 15 % der Kliniken in Rheinland-Pfalz ein positives Jahresergebnis erwarten. Da zwischenzeitlich sämtliche Finanzpolster aufgebraucht seien, bedrohe die akute Situation nun zunehmend die wirtschaftliche Existenz der Kliniken. Der KGRP-Vorstandsvorsitzende Dr. Hartmut Münzel hatte dazu eine klare Forderung an die Regierung in Berlin: „Wir brauchen dringend einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags von mindestens 4 %.“

### Saarland: Minister gefordert

„Wir benötigen so schnell wie möglich einen Inflationsausgleich und das Wiederanlaufen der Corona-Hilfen. Die Krankenhäuser dürfen mit den massiv gestiegenen Kosten nicht allein gelassen werden. Die Häuser sind gezwungen, mehr auszugeben als sie einnehmen. Das Letzte, was wir jetzt vor Corona-Herbst und -Winter benötigen, sind weitere wirtschaftlich bedingte Abteilungs- und Krankenhausschließungen. Wenn Karl Lauterbach als verantwortlicher Bundesminister nicht handelt, übernimmt er durch seine Untätigkeit die Verantwortung für Krankenhausschließungen, Wartelisten und überfüllte Notaufnahmen auch in unserem Bundesland“, sagt **Dr. Thomas Jakobs**, Geschäftsführer der SKG. „Wir erwarten, dass auch Saarlunds Gesundheitsminister **Dr. Magnus Jung** im Interesse der Patienten hier bei uns im Saarland gegenüber dem Bundesminister diese Verantwortung zum Handeln deutlich macht“, so Jakobs.



Auch die SKG fordert einen Inflationsausgleich, um die stark gestiegenen Ausgaben der Krankenhäuser ausgleichen zu können. „Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird nach aktuellen Berechnungen 2023 über 6 Mio. € mehr für Gas und Strom bezahlen, als im Jahr 2021. Mehrausgaben in Millionenhöhe, die nicht gedeckt sind. Allein das macht auf alle deutschen Kliniken hochgerechnet einen Fehlbetrag von rund 4 Mrd. €“, so **Bernd Mege**, Geschäftsführer der Saarland Heilstätten GmbH und Vorstandsmitglied der SKG.

„Wir fordern einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags auf die Krankenhausrechnungen. Dies wäre eine schnelle und unbürokratische Hilfe“, so SKG-Geschäftsführer Jakobs. „Zudem muss das Saarland langfristig seiner gesetzlichen Verpflichtung nach ausreichender Finanzierung der Klinik-Investitionen nachkommen. Die Krankenhäuser im Saarland schieben einen Investitionsstau in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro vor sich her und erhalten bei einem jährlichen Investitionsbedarf von über 80 Mio. € lediglich 32,5 Mio. € jährlich an Investitionsfördermitteln. Das von der Landesregierung im Jahr 2020 beschlossene Sondervermögen „Krankenhausfonds“ in Höhe von 125 Mio. € ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Jakobs weiter.

### Paritätischer Wohlfahrtsverband sieht soziale Infrastruktur bedroht

Ohne eine rasche politische Lösung zur verlässlichen Finanzierung steigender Energiepreise für soziale Dienste und Einrichtungen drohten weite Teile der sozialen Infrastruktur eingeebnet zu werden, warnte der Paritätische Wohlfahrtsverband. Nachverhandlungen mit den Kostenträgern stoßen vielerorts auf immensen Widerstand und eine Umlage der Kosten auf die Nutzer sei vielfach weder möglich noch den Betroffenen zumutbar. Der Paritätische fordert daher von Bund und Ländern entschlossene Maßnahmen, um soziale Einrichtungen in der Fläche zu erhalten und die Menschen, die auf diese angewiesen sind, zu schützen.

„Die derzeitigen Preissteigerungen, insbesondere im Bereich Energie, treffen soziale Dienste und Einrichtungen mit voller Wucht. Der Versuch der einzelnen Einrichtungen, auf dem Verhandlungsweg ihre Finanzierung sicherzustellen, ist zeit- und ressourcenintensiv und in der Fläche gesehen extrem schwierig“, warnte **Ulrich Schneider**, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

### Deutscher Pflegerat fordert rasche finanzielle Unterstützung

Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich sei mit seinen ambulanten Pflegediensten und Einrichtungen der Langzeitpflege, Krankenhäusern, Behinderten- und Rehabilitationseinrichtungen von den Belastungen der enorm gestiegenen Energiepreise und der auch dadurch bedingten hohen Inflation gravierend betroffen. **Christine Vogler**, Präsidentin des Deutschen Pflegerats e. V. (DPR), mahnt und schlägt vor: „Das Versprechen des Bundeskanzlers Olaf Scholz, ‚Wir werden niemanden

alleine lassen‘, ist gut gemeint, aber es richtet sich an die Menschen in unserem Land.

Für die Krankenhäuser sei der Vorschlag der Deutschen Krankenhausgesellschaft, einen Rechnungsaufschlag auf die Krankenhausrechnung vorzunehmen, aus Sicht des Deutschen Pflegerats gangbar. Dies muss zwingend auch für die ambulanten Pflegedienste und Einrichtungen der Langzeitpflege sowie für die Behinderten- sowie Rehabilitationseinrichtungen gelten.“

### Vom Applaus zum Abgesang?

Die existenzielle Lage der Krankenhäuser sei so dramatisch wie seit Jahrzehnten nicht, warnte der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands (VKD). In der Coronapandemie waren die Menschen in Deutschland dankbar für die Leistungen der Krankenhäuser. In der aktuellen gesellschaftlichen Krisenlage seien die Kliniken in einem bedrohlichen Zustand und würden allein gelassen. „Für uns ist das sehr enttäuschend“, so VKD-Präsident **Dr. Josef Düllings**. „Ohne Hilfe wird dies zur Schließung vieler Standorte führen und bei vielen Mitarbeitenden eine große Bitterkeit auslösen. Eine Wohlstandsgesellschaft wie Deutschland lässt so etwas zu, ohne die akut notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das Mindeste wäre ein vollständiger Inflationsausgleich, da Krankenhäuser nicht wie freie Unternehmen Preiserhöhungen an ihre Kunden – ihre Patienten – weitergeben können.“

Alle maßgeblichen Entscheider in Politik und Selbstverwaltung sowie auch die Vertreter der Krankenkassen müssten jetzt ihren Beitrag dafür leisten, diese schwerwiegende Lage zu entschärfen und ihren Beitrag zur Sicherstellung der Patientenversorgung zu leisten.



Krankenhäuser würden in der aktuellen Krise alleingelassen, sagt Dr. Josef Düllings. „Für uns ist das sehr enttäuschend. Viele Krankenhäuser wissen nicht, wie sie diese schwerwiegende Situation überstehen sollen“, so der VKD-Präsident. Foto: VKD/Lopata

### Katholische Krankenhäuser fordern Inflationsausgleich und Planungssicherheit

**Bernadette Rümmelin**, Geschäftsführerin des Katholischen Krankenhausverbands Deutschlands (kkvd): „Die Bundesregierung muss endlich handeln. Die Krankenhäuser müssen derzeit explodierende Kosten für Gas und Energie, aber auch für Medikamente, Hygienemittel, Verbrauchsmaterialien für Pflege und Operationen sowie Dienstleistungen stemmen. Dabei stehen



KkvD-Geschäftsführerin Bernadette Rümelin: „Die Bundesregierung muss endlich handeln. Die Krankenhäuser stehen mit dem Rücken zur Wand.“  
Foto: kkvD

die Häuser mit dem Rücken zur Wand, da sie diese enormen Preissteigerungen nicht auf die Kostenträger umlegen können. Für freigemeinnützige Kliniken kommt hinzu, dass anders als bei öffentlichen Krankenhäusern mögliche Liquiditäts- und Finanzierungslücken in der Bilanz am Ende nicht über die kommunalen Haushalte aufgefangen werden. Schnell und unbürokratisch wäre ein Aufschlag von rund vier Prozent auf jede Krankenhausrechnung bei allen Kliniken, der vom Bund finanziert und von den Krankenkassen ausgezahlt wird.“

„Bekommen die Kliniken nicht schnell Planungssicherheit, liegt ein sehr schwieriger Herbst vor uns. Auf den Krankenhausstationen sind die Folgen der Pandemie unvermindert zu spüren. Das Personal in den Krankenhäusern ist dauerüberlastet. Wenn sich nun Personalmangel und finanzielle Gründe kumulieren, führt dies zwangsläufig zu einer Versorgungskrise im Krankenhausbereich. Kliniken müssen dann ihr Versorgungsangebot deutlich zurückfahren. Leidtragende sind die Patienten, genauso wie das ärztliche und pflegerische Personal in unseren Kliniken. Eine solche Versorgungskrise darf nicht eintreten“, so Rümelin.

### Sächsische Rehakliniken fordern Inflationsausgleich

Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage fordern die Krankenhäuser in Sachsen Bundes- und Staatsregierung dazu auf, umgehend zu handeln und einen Inflationsausgleich einzuführen. Bundesweit würden in diesem Jahr 60 % der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, ein Fünftel rechne sogar damit, keine Kredite mehr zu erhalten. Im kommenden Jahr droht die Lage noch weiter zu eskalieren mit dann bis zu 80 % Kliniken in der Verlustzone. Die Lage ist überall sehr angespannt. Für die Rehakliniken gilt diese Entwicklung gleichermaßen. Systembedingt hätten Rehabilitationseinrichtungen in der Regel gar von vornherein eine geringere Finanzkraft als Krankenhäuser. Die Landesarbeitsgemeinschaft Reha Sachsen e. V. (LARS e. V.) begrüßte und unterstützte die Kampagne der DKG und ihrer Landesverbände daher ausdrücklich. „Schon während der Pandemie wurden die Rehakliniken zwei Jahre lang weitgehend sich selbst überlassen. Einige von ihnen wurden wieder-

holt zum Behelfskrankenhaus ernannt, um die umliegenden Akutversorger zu entlasten. In vielen Fällen war dies für die Beschäftigten über lange Zeiträume mit erheblichem Mehraufwand und wochenlangen Einsätzen in anderen Bereichen verbunden – so mussten beispielsweise Physio- und Ergotherapeuten sowie Logopäden als Pflegehilfskräfte eingesetzt werden. In den von der Politik verabschiedeten Ausgleichs- und Hilfspaketen wurden die Rehakliniken jedoch in den meisten Fällen nicht adäquat berücksichtigt, obwohl sie sich zur Bewältigung der pandemiebedingten Herausforderungen als wichtige Säulen des Gesundheitswesens herausstellten. Die Rehabilitationskliniken fühlen sich von der Politik allein gelassen,“ erklärte der Vorstandsvorsitzende des LARS e. V., **Carsten Tietze**.

### Lahn-Dill-Kliniken: „Wir können ja nicht einfach die Patientenversorgung einstellen!“

„Die Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft nach einem Inflationsausgleich unterstützen wir zu einhundert Prozent“, sagte **Tobias Gottschalk**, Sprecher der Geschäftsführung der Lahn-Dill-Kliniken. „Auch wenn die Lahn-Dill-Kliniken in den letzten Jahren wirtschaftlich gut gehaushaltet haben, wissen wir nicht, wie wir die aktuellen Preissteigerungen kompensieren sollen. Die Krankenhausfinanzierung ist so schon nicht ausreichend.“

Durch die enormen Preissteigerungen würde die Lage noch deutlich schwieriger werden. Auch der Landrat des Lahn-Dill-Kreises und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Lahn-Dill-Kliniken, **Wolfgang Schuster**, fordert eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser: „Seit Jahren müssen Kliniken bauliche Investitionen selbst tragen, obwohl gesetzlich geregelt ist, dass diese durch die Bundesländer zu finanzieren sind. Damit muss endlich Schluss sein.“ Im Jahr 2021 haben die Lahn-Dill-Kliniken rund 8 Mio. € Fördermittel erhalten. Benötigt werden aber jährlich rund 28 Mio. €.

„In den letzten drei schweren Pandemie-Jahren konnte sich die Bevölkerung und die Politik darauf verlassen, dass die Versorgung in den Krankenhäusern gesichert ist. Wir waren immer ein verlässlicher Partner, egal wie schwer die Situation war“, so Tobias Gottschalk. „Unsere Mitarbeiter sind rund um die Uhr unter schwersten Bedingungen im Einsatz, um die Patienten zu behandeln und zu pflegen. Auch aktuell arbeiten wir immer noch unter erschwerten Bedingungen aufgrund der Corona-Pandemie. Jetzt haben wir das Gefühl, dass wir alleine gelassen werden mit den extrem steigenden Kosten.“

Das Einsparpotential in Krankenhäusern halte sich in Grenzen. Die von der Politik vorgeschlagenen Sparmaßnahmen seien in Krankenhäusern nicht umsetzbar. So könne man Patientenzimmer nicht auf 19° C temperieren. Auch könne man OP-Säle nicht zeitweise außer Betrieb zu nehmen, da dies zum einen die Versorgung gefährde und zum anderen technisch gar nicht möglich sei. Der Personalkostenanteil in Krankenhäusern liegt bei 60 bis 70 % an den Gesamtkosten. „Daran zu sparen, ist der komplett falsche Weg. Wir können ja nicht einfach die Patientenversorgung einstellen.“ ■